

(A)

(C)

## 51. Sitzung

Bonn, den 18. Oktober 1991

Beginn: 9.15 Uhr

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung.

Ich möchte Sie darüber informieren, daß der Ältestenrat vorschlägt, abweichend von der Geschäftsordnung die Frist für die Einreichung von Fragen zur mündlichen Beantwortung in der Sitzungswoche ab dem 4. November 1991 wegen des gesetzlichen Feiertags am 1. November auf Donnerstag, den 31. Oktober, 11.00 Uhr vorzulegen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. —

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

(B)

### Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik und Ausländer-situation

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Willfried Penner, Gerd Wartenberg (Berlin), Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

#### Behandlung von Asylanträgen in den neuen Bundesländern

— Drucksache 12/852 —

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß (federführend)  
Rechtsausschuß

- b) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

#### Ausländerfeindlichkeit

— Drucksache 12/1270 —

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß (federführend)  
Rechtsausschuß

- c) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

#### Für eine neue Asyl- und Zuwanderungspolitik

— Drucksache 12/1296 —

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß (federführend)  
Rechtsausschuß

Zur vereinbarten Debatte liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE vor. Des weiteren liegen ein Entschließungsantrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE und zwei Entschließungsanträge der Gruppe PDS/Linke Liste vor. Nachher wird ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP folgen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache vier Stunden vorgesehen. — Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäuble.

**Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Anlaß unserer heutigen Debatte ist ein in doppelter Weise unerfreulicher.

Seit Wochen, ja Monaten werden wir beinahe täglich mit Meldungen über **Gewalttaten gegen Ausländer** oder über Anschläge auf Wohnheime von Asylbewerbern konfrontiert. Minderheiten von extremistischen Krakeelern rufen zum Haß gegen Ausländer auf. All dies ist eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Es ist übrigens kein spezifisches Problem der ost-deutschen Bundesländer. Die Spur von ausländerfeindlichen Anschlägen zieht sich quer durch alle 16 Länder. Deshalb hat niemand einen Grund, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **ausländerfreundliches Land**.

(Freimut Duve [SPD]: Gewesen!)

In über 40 Jahren haben wir ein friedliches und freundliches Miteinander mit unseren Nachbarn und mit unseren ausländischen Mitbürgern gelernt und gelebt. Das muß auch in Zukunft so bleiben. Nichts und niemand gibt das Recht zu ausländerfeindlicher Hetze oder gar zu Gewalt gegen Ausländer.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

(D)

**Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern haben gestern auf meine gemeinsam mit dem Kollegen Kinkel gemachte Anregung hin darüber beraten, wie der Schutz unserer ausländischen Mitbürger und der Asylbewerber präventiv wie repressiv verbessert werden kann. Sie haben dazu konkrete Maßnahmen beschlossen.

Das andere Thema dieser Tage ist genauso unerfreulich. Seit Ende der 70er Jahre ein grundsätzlicher Stopp für die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer durch die damalige Bundesregierung beschlossen wurde, versucht eine insgesamt wachsende Zahl von Menschen, die bestehenden **Zuwanderungshindernisse** dadurch zu **unterlaufen**, daß sie sich für politisch verfolgt erklären und sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Mit dieser Erklärung sind de facto ein vorläufiges Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland und zugleich der Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialhilferecht erlangt.

(Freimut Duve [SPD]: Wie kann man diese zwei Themen so zusammenbringen?)

Die Ausländerverwaltungen der Länder und das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entscheiden dann in mühevollen und zeitaufwendigen Verfahren, die durch allerlei Rechtsmittel in die Länge gezogen werden können, über die Anträge. Am Ende wird, oft nach Jahren, nur ein geringer Teil der Asylanträge positiv entschieden, und ein noch geringerer Teil der abgelehnten Asylbewerber wird hernach endlich auch abgeschoben.

(B) Man kann über die Prozentsätze im einzelnen streiten; denn über den Kreis der anzuerkennenden Asylbewerber hinaus gibt es eine nicht unbeträchtliche Zahl weiterer Fälle, in denen eine Abschiebung aus anderen Gründen zumindest vorübergehend nicht in Betracht kommt, wie auch umgekehrt die Zahl derjenigen Asylbewerber nicht genau bekannt ist, die unser Land tatsächlich verlassen. Die Ausländerverwaltungen der Länder sind mit all diesen Feststellungen überfordert, was ja auch durch die Tatsache eindrucksvoll belegt worden ist, daß die Zahl der Asylbewerber in einem Landkreis drastisch zusammengeschmolzen ist, als das Land Nordrhein-Westfalen einmal die Asylbewerber alle zum selben Zeitpunkt einbestellen ließ, um den Mehrfachbezug von Sozialleistungen herauszufinden.

Es lohnt also nicht, über Dunkelziffern zu streiten, die ja im übrigen die Sache keineswegs besser machen. Jedenfalls ist der Befund eindeutig, daß eine große Zahl von Asylbewerbern, ohne politisch verfolgt zu sein, ein vorläufiges Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland erlangt und, obwohl nach jahrelangen aufwendigen Verfahren rechtskräftig abgelehnt, Deutschland auf Dauer nicht wieder verläßt.

Bund und Länder haben in diesen anderthalb Jahrzehnten vieles versucht, um diesem **Mißstand** besser **begegnet** zu können. Insgesamt siebenmal sind die Verfahrensvorschriften des Asylrechts mit dem Ziel verändert worden, zu schnelleren abschließenden Entscheidungen zu kommen: Visumpflichten wurden eingeführt; auch die Pflichten für Transitvisa wurden verschärft; ein Arbeitsverbot für Asylbewerber wurde schon in den 70er Jahren eingeführt, Mitte der 80er Jahre verlängert und, weil es sich im Ergebnis als wir-

kungslos herausgestellt hat, jetzt wieder abgeschafft. (C)

Zeitweilig haben diese Maßnahmen Entlastung gebracht und zu einem vorübergehenden Rückgang der **Asylbewerberzahlen** geführt. Aber in der Tendenz sind die Zugangszahlen steigend. Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs haben sie sich mit zunehmender Beschleunigung dramatisch erhöht. 1989 kamen 121 000 Asylbewerber, 1990 193 000 und in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 170 000; davon im August über 28 000 und im September fast 29 000. Dieser dramatische Anstieg belastet naturgemäß die Ausländerverwaltungen von Bund und Ländern, und er hat zu einem Anstieg der durchschnittlichen **Verfahrensdauer** geführt, der noch stärker gewesen wäre, wenn der Bund nicht mit organisatorischen und personellen Maßnahmen reagiert hätte.

Dabei ist der Streit, ob die Verwaltungen der Länder oder die des Bundes mehr säumig seien, im Grunde einigermaßen müßig; denn nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bedarf die Ablehnungsentscheidung auch über einen offensichtlich unbegründeten Asylantrag einer besonders sorgfältigen Prüfung und Begründung in jedem Einzelfall. Das bedeutet, daß ein Entscheider des Bundesamts, der die Asylanträge von Bewerbern aus einem bestimmten Land regelmäßig entscheidet, also besonders sachkundig ist, um die Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen, für die Ablehnung auch eines offensichtlich unbegründeten Asylantrags im Durchschnitt rund vier Stunden benötigt. (D)

Wir haben in den letzten Jahren mit Hilfe dieses Hohen Hauses gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Bearbeitungs- und Entscheidungskapazität beim Bundesamt zu erhöhen. Wir haben die Stellen für Entscheider von 70 im Jahr 1985 auf 438 im Jahr 1991 erhöht, wobei wir allerdings zunehmend Schwierigkeiten haben, überhaupt noch geeignete Mitarbeiter zu finden, um die Stellen zu besetzen. Eine Zeitlang haben wir uns damit beholfen, diese Stellen des gehobenen Dienstes mit Juristen zu besetzen. Aber angesichts des großen Juristenbedarfs in den neuen oder jungen Bundesländern ist damit inzwischen auch kein zusätzliches Angebot mehr zu erschließen.

Weil die Verfahren so lang dauern und weil die Zugangszahlen so hoch sind, haben wir derzeit einen Stau von rund 200 000 **nicht erledigten Asylverfahren**. Aber genau das beschreibt ja unser Problem. Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, warum Sozialdemokraten Anfang der Woche mit scheinbar entsetztem Aufschrei erstmals diese Zahl zur Kenntnis nehmen wollten.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Erstmals?)

– Eben! Warum haben Sie denn so überrascht getan?

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Nicht erstmals!)

**Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) Wenn wir dieses Problem nicht hätten, dann bräuchten wir die Debatte ja wirklich nicht zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Freimut Duve [SPD]: Aber wir sind entsetzt darüber, wie der Innenminister mit dem Terrorismus umgeht! — Gegenruf von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Absurd ist das! — Zuruf von der CDU/CSU: Duve Dummkopf! — Weitere Zurufe — Unruhe)

— Herr Kollege Duve, viele in Ihren Reihen sind mit uns, den Mitgliedern der Fraktion der CDU/CSU, der Überzeugung,

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: So ist es!)

daß wir diese Debatte gar nicht behutsam genug führen können. Aber die Art, in der Sie hier Zwischenrufe machen, zeigt, daß es bei Ihnen noch ein paar gibt, die das offenbar noch nicht wissen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Hermann Otto Solms [FDP] — Freimut Duve [SPD]: Sie haben dem Terrorismus eine Minute gewidmet!)

Es wird Ihnen nicht gelingen — ich sage es Ihnen gleich —,

(Freimut Duve [SPD]: Sie haben den Gewalttaten eine Minute gewidmet!)

uns davon abzubringen, diese Probleme mit aller Behutsamkeit und Sachlichkeit zu behandeln.

(Konrad Gilges [SPD]: Das sieht man! — Freimut Duve [SPD]: Welche Terrorismusdebatten haben wir in den 70er Jahren geführt! — Gegenruf des Abg. Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Stören Sie doch nicht dauernd!)

Die Art, in der Sie mich am Reden zu hindern versuchen, fällt nur auf Sie selbst zurück.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Duve, ich möchte Sie bitten, jetzt den Herrn Dr. Schäuble sprechen zu lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bei Duve ist Hopfen und Malz verloren!)

**Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU/CSU): Es wird ihm auch nicht gelingen, mich daran zu hindern. Es schadet auch gar nichts, wenn man ein Stück weit sieht, wie Sie sich benehmen; denn das fällt ein Stück auf die Gemeinsamkeit zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von Bundesminister Rudolf Seiters — Freimut Duve [SPD]: Sehr populistische Variante! — Lachen bei der CDU/CSU)

— Herr Duve, ich habe viel Zeit. Sie können noch ein Stück weiter hier vorführen, wie Ihre Art der Behandlung dieses Problems ist. Ich finde, es ist ganz gut, wenn das einmal gezeigt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU)

Die hohe und von Monat zu Monat **steigende Zahl von Asylbewerbern** muß von den Bundesländern un-

tergebracht werden. Das kann entweder in Sammelunterkünften oder durch Verteilung auf alle Landkreise und Gemeinden geschehen, wobei natürlich auch Sammelunterkünfte immer zu irgendeiner Gemeinde gehören. Die Kommunen sehen sich dadurch zunehmend überfordert, und die Proteste der Verantwortungsträger für Städte, Gemeinden und Kreise, gleich welcher Partei sie angehören, gegen diese Entwicklung nehmen an Intensität und Schärfe zu.

Auch die **Widerstände in der Bevölkerung** wachsen. Das hat überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wieso eigentlich wollen wir von unseren Mitbürgern verlangen, daß sie ertragen und verstehen sollen, daß Hunderttausende von Asylbewerbern mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Steuerzahler für Jahre untergebracht und versorgt werden sollen,

(Unruhe bei der SPD — Arne Fuhrmann [SPD]: Sehr behutsam, ausgesprochen behutsam!)

obwohl von vornherein klar ist, daß die allermeisten nicht als politisch verfolgt anerkannt werden können

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP — Zuruf von der SPD: Außerordentlich behutsam!)

und daß sie nach jahrelangen Verfahren am Ende unser Land dennoch nicht verlassen?

(Freimut Duve [SPD]: Das ist die Ethik des Innenministers!)

Ich will die Mißstände, die sich im einzelnen in den Städten und Dörfern unseres Landes zutragen, hier gar nicht schildern, weil ich ja wirklich dafür bin, diese besonders schwierige Debatte behutsam zu führen. Aber niemand darf doch bestreiten, daß es diese Mißstände zuhauf gibt und daß sie natürlich eine wachsende Zahl unserer Mitbürger besorgen,

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Natürlich!)

die zunehmend daran zweifeln,

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Unfähigkeit der SPD, das zu ändern! Völlige Unfähigkeit der SPD!)

ob die Verantwortlichen in Bund und Ländern überhaupt noch wissen, was sich in den Gemeinden abspielt, und die im übrigen in Gefahr geraten, zunehmend an der Handlungsfähigkeit unseres Staates bzw. derjenigen, die in Bund und Ländern Verantwortung tragen, zu zweifeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann doch nicht darüber hinwegsehen, daß der Vertreter des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums bei einer Anhörung, die ich im Innenministerium gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz der Länder, dem Kollegen Läßle, durchgeführt habe, erklärt hat, daß in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens, in denen Asylbewerber unter-

(C)

(D)

**Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) gebracht werden, zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Das ist doch die Wahrheit.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist Kern des Problems. Das hat — ich sage es noch einmal — nichts mit Ausländerfeindlichkeit unserer Bevölkerung zu tun.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Mit der Unfähigkeit der SPD!)

Ganz im Gegenteil:

(Konrad Gilges [SPD]: Kein Satz ist wahr!)

Ich habe seit Jahren davor gewarnt, daß nichts die freundlichen Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen Mitbürgern mehr belasten könne als diese Entwicklung der Asylbewerberproblematik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen habe ich auch nie verstanden, warum sich etwa Ausländerbeauftragte, die für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in unserer Gesellschaft zuständig sind, immer gegen jede Lösung der Asylbewerberproblematik gewandt haben, obwohl sie hätten wissen müssen, daß genau daraus unabsehbare Gefahren und Belastungen für die Integrationsbemühungen der rechtmäßig und seit langem unter uns lebenden Ausländer entstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Arne Fuhrmann [SPD]: Ist dies das Problem? Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

(B) Bei meinem Amtsantritt als Innenminister habe ich eine Vereinbarung der Innenminister von Bund und Ländern erreicht, zur **Konzentration und Beschleunigung der Verfahren** in allen Bundesländern zentrale Ausländerbehörden in einer räumlichen Verbindung mit Außenstellen des Bundesamtes einzurichten und in diesen Zentralstellen zumindest die offensichtlich unbegründeten Asylanträge schnell zu entscheiden.

Wir haben zugleich durch eine Novellierung des Asylverfahrensgesetzes die Möglichkeit geschaffen, daß als offensichtlich unbegründet abgelehnte Asylbewerber vor einer Abschiebung lediglich den Rechtsbehelf des Antrags auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung haben. Damit ist insoweit der durch das Grundgesetz gegebene Spielraum für Verfahrensbeschleunigungen ausgeschöpft. Auch die intensiven Beratungen in den letzten Tagen und Wochen haben dazu nichts Neues erbracht.

Wir haben ja eine einzigartige **Verfassungslage**. Keine andere Verfassung dieser Erde erkennt jedem Menschen auf die bloße Behauptung — und sei sie noch so unrealistisch —, politisch verfolgt zu sein, einen verfassungsrechtlich verbürgten Individualanspruch auf ein mit einer Rechtsweggarantie versehenes Prüfungsverfahren und ein mit Sozialhilfeansprüchen verbundenes vorläufiges Bleiberecht für die Dauer dieser Verfahren zu. Keine andere Verfassung dieser Erde!

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Da darf man sich nicht wundern, daß alle hierher kommen!)

Art. 16 unseres Grundgesetzes beruht auf den Erfahrungen der Nazibarbarei. (C)

(Zurufe von der SPD: Eben! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Hören Sie doch einmal zu!

Wir alle sind stolz darauf, daß sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, Menschen Zuflucht zu gewähren, die Schutz vor individueller Verfolgung aus politischen, religiösen und rassischen Gründen suchen.

(Konrad Gilges [SPD]: So soll es auch bleiben!)

Dabei muß es bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dafür darf es auch **keine Quote** geben, weshalb übrigens der Vorschlag von Herrn Engholm, Quoten einzuführen, allenfalls mißverständlich war, wenn er nicht die Zuflucht für politisch wirklich Verfolgte begrenzen wollte. Aber dann hätte er sagen müssen, daß eine Quote zu den jetzigen Zahlen hinzukommen solle. So hat er die Wirkung aber wohl nicht gemeint.

Doch mit diesen Erfahrungen der Nazizeit haben unsere derzeitigen Probleme wenig zu tun. Unsere Probleme gründen sich vielmehr darauf, daß das Scheitern des Sozialismus in Osteuropa wirtschaftlich, sozial und ökologisch zu einem wachsenden Gefälle zwischen Ost und West in Europa geführt hat, das nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges die Gefahr von **Massenwanderungen** beinhaltet. Davon sind aktuell wir am meisten betroffen, während unsere europäischen Partner zum Teil stärker mit der Nord-Süd-Problematik konfrontiert sind. (D)

In der Dritten Welt sind heute nach Schätzungen der Vereinten Nationen 15 Millionen Menschen vor Bürgerkriegen, Not, Elend und ökologischen Katastrophen auf der **Flucht**. Diese Zahlen können in den nächsten Jahren noch dramatisch steigen. Hierin definieren sich die großen Aufgaben, die sich uns Deutschen nach Erlangung von Einheit und Souveränität und die sich uns Europäern nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellen.

Wir werden die Chance für ein Europa in Frieden und Stabilität verspielen, wenn es uns nicht durch große und gemeinsame Anstrengungen gelingt, Osteuropa rasch zu einem solchen Entwicklungsstand zu verhelfen, daß die Menschen nicht des bloßen Überlebens willen ihre Heimat verlassen müssen, wozu übrigens auch gehört, daß wir Kriege mitten in Europa nicht mehr ertragen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Wir werden auf dieser einen Erde, auf der nicht nur die Menschen immer enger zusammenrücken, sondern in der auch die Probleme immer mehr gemeinsame Probleme werden, für uns und unsere Kinder eine Zukunft nur dann sichern können, wenn wir das

**Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) wachsende Auseinanderbrechen zwischen Arm und Reich erfolgreicher bekämpfen als bisher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Für die Lösung dieser Probleme, die unsere eigentlichen Aufgaben sind, ist das Asylrecht aber völlig ungeeignet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen die Ursachen dieser Wanderungsbewegungen bekämpfen. Das ist der Kern der Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung.

(Widerspruch bei der SPD)

Zum Elend unserer Asylbewerberproblematik heute gehört ja auch, daß wir für ein paar Hunderttausend Asylbewerber, die im Zweifel nicht zu den Ärmsten in ihren Ländern gehören, unsere politische und finanzielle Kraft erschöpfen,

(Volker Rühle [CDU/CSU]: So ist es!)

statt daß wir diese Mittel für Millionen Notleidender in Osteuropa und in der Dritten Welt zur **Bekämpfung der Fluchtursachen** einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Norbert Gansel [SPD]: Für die wird doch sonst auch nichts bezahlt! Sie sehen das Elend der Dritten Welt erst, wenn es hier ankommt!)

- (B) – Das ist doch nicht wahr. Herr Kollege Gansel, Sie wissen, daß auf meine Initiative hin die Bundesregierung im September des vergangenen Jahres diese Flüchtlingskonzeption beschlossen hat.

(Norbert Gansel [SPD]: Erst des vergangenen Jahres!)

– Sie waren ja auch ein paar Jahre an der Regierung. Sie können ja nachschauen, was Sie da alles getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Nichts hat die SPD getan!)

Ich jedenfalls werbe dafür, daß wir uns darüber klar sind: Je mehr wir das tun, und zwar möglichst gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, um so besser sind die Erfolgchancen, daß wir die Probleme wirklich lösen. Aber dafür brauchen wir europäische Lösungen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Ich habe auch nach der Verabredung der Innenminister über die Verbindung zentraler Ausländerbehörden der Länder mit Außenstellen des Bundesamts und nach der Einführung der beschleunigten Verfahren im Asylrecht immer wieder dafür geworben, daß die Länder die Asylbewerber für die Dauer dieser beschleunigten Verfahren in **Sammelunterkünften** unterbringen sollten, weil nur so alle Beschleunigungsmöglichkeiten genutzt werden können. Darüber hat es viele politische Auseinandersetzungen gegeben, auf die ich jetzt nicht zurückkommen will. Nur so viel: Niemand hat sich intensiver darum bemüht,

- diese Beschleunigungsmöglichkeiten zu nutzen, als die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

die mehr derartige Sammelunterkunftsplätze eingerichtet haben als alle sozialdemokratisch regierten Bundesländer zusammen.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Dr. Schäuble, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schulz?

**Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):** Nein. Ich möchte das jetzt bitte im Zusammenhang vortragen. Ich bin schon durch die vielen Zwischenrufe hinreichend gestört worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Konrad Gilges [SPD]: Unmöglich!)

– Herr Kollege Duve, wie Sie sich hier aufgeführt haben, ist der Bedeutung des Themas wirklich nicht angemessen. Das muß ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie schwingen sich gern die Toga der Moral um, aber das paßt

(Zuruf des Abg. Freimut Duve [SPD])

nicht dazu, wie Sie sich hier verhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Werner Schulz [Berlin] [Bündnis 90/GRÜNE]: Machen Sie die Beantwortung der Zwischenfragen vom Verhalten abhängig? – Zurufe von der SPD und der FDP)

– Das ertrage ich wohl. Nur, Herr Kollege Hirsch, muß der Kollege Duve auch ertragen, daß ich zurückgebe, wie er sich hier aufführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich jedenfalls finde, daß man es ernst nehmen muß, wenn die Landesregierungen in München und in Stuttgart auf Grund ihrer Erfahrungen skeptisch bleiben, ob das, was jetzt auf einmal alle machen wollen, am Ende wirklich hilft. Aber wir haben uns aus gemeinsamer Verantwortung zu gemeinsamen Gesprächen zusammengefunden. Die Ergebnisse müssen jetzt umgesetzt werden.

Wir wußten ja von vornherein, daß die Parteien und Fraktionen des Hauses in der Frage einer Grundgesetzänderung unterschiedlicher Meinung sind. Daran hat sich bis heute leider nichts geändert.

(Arne Fuhrmann [SPD]: Gott sei Dank!)

So haben wir uns darauf verständigt, alles aufzulistern, was **ohne Grundgesetzänderung** äußerstenfalls noch getan werden könnte, wobei die Frage, ob das reicht und ob das funktioniert, natürlich unterschiedlich beantwortet wird.

Aber es geht beim besten Willen nicht, daß von uns, von CDU und CSU, quasi verlangt wird, wir müßten, um die Einigung über das, was ohne Grundgesetzänderung versucht werden soll, nicht zu gefährden, von unserer Meinung ablassen, daß letztlich nur mit einer

(D)

**Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) Grundgesetzänderung das Problem einigermaßen zu handhaben sei.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Daran halten wir fest!)

So illiberal wollen wir wirklich nicht miteinander umgehen.

Diese Zielvorstellungen sollen Asylbewerber in den offensichtlich unbegründeten Fällen möglichst innerhalb von sechs Wochen zum Verlassen unseres Landes bringen. Dazu sollen sie durch die Länder für die Dauer dieser Verfahren verbindlich in Sammelunterkünften untergebracht werden. Durch eine Änderung der einschlägigen verfahrens- und organisationsrechtlichen Bestimmungen sollen die Länder Zuständigkeiten in der Ausländerverwaltung auf den Bund insoweit übertragen, als das Bundesamt von der ersten Anhörung bis zur abschließenden Verwaltungsentscheidung, einschließlich der Ausweisungsverfügung und Abschiebungsandrohung, zuständig werden soll.

Wegen der schon geschilderten Personalprobleme müssen die Länder dem Bundesamt 500 als Entscheider qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Um die sechs Wochen zu erreichen, muß das Bundesamt innerhalb von zwei Wochen zu dieser abschließenden Entscheidung kommen. Danach bleiben eine Woche für die Einlegung eines Rechtsmittels, zwei Wochen für das verwaltungsgerichtliche Eilverfahren und eine weitere Woche für den durch die Länder vorzunehmenden Vollzug der Ausweisungsverfügung.

- (B) Ob das alles auch nur annähernd realistisch ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich bin dennoch dafür, daß wir es alle miteinander versuchen.

Deswegen habe ich bereits am Tag nach dem Gespräch der Partei- und Fraktionsführungen die Konferenzen der Innen- und der Justizminister gebeten, sich mit der Umsetzung dieser Zielvorstellungen zu befassen. Am Montag dieser Woche habe ich die Beschlüsse den Regierungschefs aller Bundesländer übermittelt und sie zugleich um kurzfristige Mitteilung gebeten, ob und inwieweit sie die auf ihr Land entfallenden Verpflichtungen übernehmen können.

Das ist zwar aus der SPD-Fraktion als Ablenkung und Ultimatum kritisiert worden; aber ich hätte Sie sehen mögen, wenn ich mich nicht sofort an die Umsetzung der Zielvorstellungen gemacht hätte. Im übrigen kann es so schlimm nicht gewesen sein; denn die meisten Landesregierungen haben sich inzwischen freundlicherweise bereit erklärt, die auf sie zukommenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Konferenzen der Innen- und der Justizminister haben gestern Entsprechendes beschlossen.

Die Bundesregierung ihrerseits hat zugesagt, den Ländern für die Einrichtung zusätzlicher Sammelunterkünfte mit der Zurverfügungstellung von Liegenschaften, insbesondere von freien oder frei werdenden Kasernen, soweit vorhanden, behilflich zu sein. Wir haben gestern verabredet, daß jetzt Land für Land die Sammelunterkünfte und die entsprechenden Verwaltungseinrichtungen des Bundesamts durchgesprochen und festgelegt werden.

Noch einmal: Die Bundesregierung wird alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, damit die genannten Zielvorstellungen möglichst rasch umgesetzt werden können. (C)

Die Skepsis, ob das reichen und ob das funktionieren wird, bleibt. Sie bleibt aus Erfahrung um so mehr, als sich manche schon in der Vergangenheit um eine Lösung dieser Probleme bemüht haben.

Deswegen bleibt es meine feste Überzeugung, daß wir um eine **Änderung des Grundgesetzes** nicht herumkommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will diese Überzeugung begründen und meine Vorschläge erläutern. Nachdem wir uns über alles, was ohne Grundgesetzänderung äußerstenfalls machbar sein kann, verständigt haben, erwarte ich, daß mit derselben Intensität und Unvoreingenommenheit über unsere Vorstellungen, durch eine Grundgesetzänderung zu besseren Lösungen zu kommen, gesprochen wird. Deswegen habe ich am Tag nach dem Gespräch im Kanzleramt meine Vorstellungen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden übermittelt, nachdem ich insbesondere Herrn Vogel dazu aufgefordert hatte, als Grundlage für ein Gespräch darüber Formulierungsvorschläge vorzulegen.

Weil so viel von Gemeinsamkeit die Rede ist, möchte ich dafür werben, überprüfen zu lassen, wie ich mich in dieser Behutsamkeit erfordernden Debatte gegenüber anderen Vorstellungen geäußert habe und wie man umgekehrt über mich hergefallen ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich bin überhaupt nicht empfindlich, aber das allseitige Werben um Gemeinsamkeit könnte ja auch in der Art, wie man mit- und übereinander redet, seinen Niederschlag finden; es würde dadurch jedenfalls nicht unglaubwürdiger. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe immer gesagt, daß wir drei Punkte in der Sache ändern müssen, und dies wird wegen unserer einzigartigen Verfassungslage leider nicht ohne Grundgesetzänderung möglich sein. Zum einen möchte ich, daß Asylbewerber aus Ländern, in denen es offensichtlich keine politische Verfolgung gibt, nicht in ein mit einem vorläufigen Bleiberecht verbundenes Asylverfahren kommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut! — Zuruf von der SPD: Türkei!)

Zum anderen möchte ich, daß wir uns wirklich mit vollen Rechten und Pflichten an den **internationalen Vereinbarungen**, dem Schengener Zusatzabkommen wie dem Dubliner Abkommen in der EG beteiligen können. Das heißt, daß Asylbewerber, die auf dem Weg zu uns schon in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben, unmittelbar in dieses Land zurücküberstellt werden können.

Zum dritten brauchen wir **europäische Lösungen**, was insbesondere heißt, daß die Entscheidung eines Mitgliedstaates der EG für oder gegen einen Asylbewerber mit Wirkung für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist. Das berührt den Kern des Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte überhaupt nicht. Bei jedem

**Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) anderen Grundrecht wären solche Regelungen auch durch die allgemeinen Gesetzesvorbehalte, die wir im Grundgesetz bei anderen Grundrechten haben, ohne weiteres möglich.

Im übrigen ist die Kritik an meinen Vorschlägen sehr widersprüchlich. Zum Teil wird gesagt, das Grundrecht werde ausgehöhlt; zum Teil wird gesagt, diese Vorschläge brächten nichts. Das eine oder das andere kann nur richtig sein — wenn überhaupt.

(Widerspruch bei der SPD — Zuruf von der SPD: Scheinlogik!)

Auf die Frage, welches die Länder sind, in denen es keine **politische Verfolgung** gibt, kann man sich verschiedene Antworten denken; darüber kann man ja sprechen. Baden-Württemberg hat vorgeschlagen, diese Länder durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundesrates zu definieren. Ich werbe mehr dafür, diese Länder durch die EG unter Beteiligung des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen festlegen zu lassen, und begründe das folgendermaßen:

Zum einen finde ich, daß wir bei der Frage, ob in einem anderen Land politische Verfolgung herrscht oder nicht, gut daran tun, wenn wir das nicht alleine für uns entscheiden. Aber vor allem eröffnet ein solcher Ansatz ganz neue operative Möglichkeiten. Es werden viele Länder ein Interesse daran haben, von der **Europäischen Gemeinschaft** und dem **UNHCR** als ein Nichtverfolgerstaat definiert zu werden. Damit erhält Europa, erhalten die Vereinten Nationen zusätzliche Möglichkeiten, auf diese Länder Druck in dem Sinne auszuüben, daß etwa noch bestehende Probleme, deretwegen eine politische Verfolgung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden könnte, abgestellt werden.

(Zuruf von der SPD: Türkei!)

— Ja, genau. So machen wir Politik im Sinne der **Bekämpfung von Fluchtursachen** und verhalten uns nicht nur rein passiv. Vielmehr kommen wir so zu einer aktiven Politik, und das geht über europäische Lösungen sehr viel besser.

Ich habe mit dem UNHCR wie mit der Kommission der EG gesprochen. Beide haben mir ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Verfahren ausdrücklich erklärt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die beiden anderen Vorschläge haben damit zu tun, daß wir andernfalls in Europa unweigerlich Gefahr laufen, zum Restasylland zu werden, wo doch heute schon mehr als die Hälfte aller Asylbewerber in Europa nach Deutschland kommen.

**Dänemark** schickt jeden Asylbewerber, der über die Bundesrepublik Deutschland nach Dänemark einreist, postwendend zu uns zurück. Umgekehrt könnten wir das nicht, auch wenn Dänemark demnächst durch das Dubliner Abkommen genauso zur Rücknahme verpflichtet ist.

Mit unseren Nachbarn, die nicht der EG angehören, haben wir bereits entsprechende bilaterale Rücknahmeverträge oder sind dabei, sie in kurzer Zeit abzuschließen.

Mit der **Genfer Flüchtlingskonvention** hat das alles überhaupt nichts tun; denn alle diese Länder bieten genauso Schutz vor Verfolgung wie wir. Ich finde, zur Überheblichkeit, daß nur wir politisch Verfolgten zuverlässiges Asyl bieten könnten, haben wir wirklich keinen Anlaß.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Europäische Lösungen sind auch ganz unverzichtbar, wenn wir ab dem ersten Januar 1993 den einheitlichen Binnenmarkt vollenden wollen und wenn dann auch **Personenkontrollen an den Binnengrenzen** völlig beseitigt werden müssen.

Europäische Lösungen sind auch ganz unverzichtbar, weil keiner der europäischen Staaten angesichts der Dimension der Probleme mit diesen allein fertig wird und weil wir auch zur **Bekämpfung der Ursachen der Wanderungsbewegung** unsere Kräfte in Europa stärker bündeln müssen.

Nun wird gesagt: **Europäische Lösungen** dauern noch lange, und so lange brauchen wir unser Grundgesetz noch nicht zu ändern, selbst wenn wir wissen, daß wir es am Ende doch ändern müssen.

Ich weiß nicht, wie lange wir brauchen, bis wir europäische Lösungen tatsächlich haben. Aber solange wir unser Grundgesetz nicht ändern, werden wir überhaupt keine europäischen Lösungen zustande bringen. Denn niemand in Europa denkt daran, ein europäisches Asylrecht auf der Basis unseres Grundgesetzes zu harmonisieren.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Das kann man wohl sagen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Richtig! — Sehr wahr!)

Die Kommission der Gemeinschaft hat in den vergangenen Wochen ihren Vorschlag für eine europäische Asylpolitik an den Rat und das Europäische Parlament beschlossen. Dieser Vorschlag ist in den drei von mir genannten Punkten in der Zielsetzung völlig deckungsgleich mit meinen Vorschlägen. Also, ganz so fürchterlich kann ja dann der Anschlag auf das Recht auf Asyl in meinen Vorschlägen nicht sein, zumal mir auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ausdrücklich erklärt hat, daß diese Vorschläge aus der Sicht der Genfer Konvention überhaupt keinen Einwendungen begegnen.

Schließlich bitte ich auch zu bedenken: Jeder, der sich mit den Problemen auch nur ein wenig befaßt, weiß, daß eine europäische Lösung ohne die **Änderung des Grundgesetzes** in dem von mir vorgeschlagenen Rahmen nicht möglich sein wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Wenn das so ist, sollte man sich erstens in der Kritik an meinen Vorschlägen etwas mäßigen.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweitens sollte man noch einmal in aller Ruhe darüber nachdenken,

(Konrad Gilges [SPD]: Also, das wird ja hier immer verrückter!)

**Dr. Wolfgang Schäuble**

- (A) ob wir nicht heute schon unser Grundgesetz ändern sollten, wenn wir das morgen im Zuge der europäischen Entwicklung ohnedies tun müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer die Debatte über die Grundgesetzproblematik für nicht hilfreich erklärt und weiß, daß es morgen durch Europa zur Grundgesetzänderung kommt, der könnte die Debatte abkürzen, indem er heute mit uns das tut, was für eine europäische Lösung ganz unvermeidbar notwendig werden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden mit einer Grundgesetzänderung die europäische Lösung schneller erreichen. Wir erhalten zusätzliche Instrumente, um mit dem Asylbewerberproblem besser fertigzuwerden. Wieviel das im einzelnen bringen wird und wie man das im einzelnen formulieren soll, darüber kann, darüber muß man reden.

Ich gehe davon aus, daß ich mit der Vorlage meiner Vorschläge diese Gesprächsrunde eröffnet habe, und ich erwarte, daß man nicht ablehnt, bevor man vernünftig geprüft und miteinander geredet hat. Ich fordere diese **Gesprächsbereitschaft**, weil wir uns genauso gesprächs- und verhandlungsbereit gezeigt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Je schneller wir zu gemeinsamen Entscheidungen kommen, je besser wir das Problem lösen, um so mehr dienen wir dem **inneren Frieden**, um so mehr stärken wir das **Vertrauen unserer Mitbürger** in die **Handlungsfähigkeit der politisch Verantwortlichen**, um so mehr tragen wir dazu bei, daß die **Bundesrepublik Deutschland** bleibt, was sie war und was sie auch in Zukunft sein soll: ein **ausländerfreundliches Land**.

- (B)

(Norbert Gansel [SPD]: Und was ist sie jetzt?)

Unsere Verantwortung ist groß. Wir brauchen Behutsamkeit im Reden, aber auch Entschiedenheit im Handeln.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU  
— Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Ich erteile jetzt der Abgeordneten Dr. Herta Däubler-Gmelin das Wort.

**Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut, daß sich der Deutsche Bundestag heute endlich mit den Überfällen, mit dieser Welle aus Haß und **Ausländerfeindlichkeit** befaßt, die Menschen anderer Rassen und anderer Staatsangehörigkeiten bei uns zur Zeit in Angst und Schrecken versetzt. Wir sollten feststellen, was an sich eine Selbstverständlichkeit ist: Wir dulden diesen Terror nicht und ziehen mit aller Härte des Gesetzes, die unser Rechtsstaat kennt, die Täter zur Verantwortung.

Es wäre gut gewesen, der **Rechtsstaat** wäre damals in Hoyerswerda nicht vor dieser ausländerfeindlichen Gewalt zurückgewichen. Es wäre auch gut gewesen, Herr Bundesinnenminister, wir hätten solche Worte

wie die von heute morgen von Ihnen schon früher (C) gehört.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es wäre auch gut gewesen, dieses Haus hätte eine gemeinsame Erklärung, Ausländerfeindlichkeit zu stoppen, schon sehr viel früher abgegeben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/  
GRÜNE)

Niemand von uns wird die Bilder dieser Jugendlichen vergessen können, die mit Haß in den Augen und Brandflaschen in den Händen gegen hilflose Menschen vorgehen, die Bilder von den hilflosen Asylbewerbern, hinter zerbrochenen Fensterscheiben ängstlich hervorblickend, die Bilder von verbrannten Kindern, die Bilder von den Toten, die es gegeben hat, und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, auch die Bilder — und das hat vielen einen unglaublichen Schrecken eingebläst — mit diesen vielen vermeintlich anständigen Bürgern, die zugeschaut haben, die diese Überfälle nicht verhindert haben und in deren Gesichtern Verständnis, klammheimliche Freude, ja, offene Zustimmung zu lesen waren.

Ich glaube, wir — auch Sie, meine Damen und Herren — sollten es sehr ernst damit meinen, daß es in unserem Lande so etwas nie mehr geben darf. Fremde müssen bei uns so sicher leben können, wir wir das in ihrem Land auch wollen. Im Augenblick können sie das nicht.

(Zuruf von der SPD: Leider wahr!)

Meine Damen und Herren, diese heutige — hoffentlich gemeinsame — Feststellung des Deutschen Bundestages gegen Ausländerfeindlichkeit reicht nicht aus. Es reicht auch nicht aus, daß wir den **Ursachen des Hasses und der Gewalt** nachgehen. Es reicht auch nicht aus, daß wir die vielen Appelle unterstützen, die von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern, von Kirchen, von Künstlern, von Vereinigungen und von Demonstrationen jetzt Gott sei Dank stärker an die Öffentlichkeit getragen werden. Nein, wir müssen selber unseren Beitrag gegen Ausländerfeindlichkeit und für den **inneren Frieden** in diesem Land leisten.

(Beifall bei der SPD — Siegfried Hornung  
[CDU/CSU]: Tun Sie das!)

Dabei kommt es entscheidend darauf an, Herr Kollege, wie wir mit den Fragen der Zuwanderung, der Flüchtlinge und der Asylbewerber umgehen, mit Fragen, die viele Leute bei uns bedrängen. Es kommt darauf an, wie wir die Probleme anpacken, die gelöst werden müssen.

Die Auseinandersetzungen der vergangenen Woche waren wahrlich kein Ruhmesblatt für die Politik. Sie waren vor allen Dingen eines nicht: ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit und ein Signal für den inneren Frieden in unserem Lande.

Wir haben unsere Vorschläge, was zu tun ist, um Probleme, die angepackt werden müssen, leichter bewältigen zu können, schon seit einigen Wochen immer wieder vorgetragen;

(Zuruf von der CDU/CSU: Wedemeier!)